



Sitzung vom

1. März 2022

Mitgeteilt den

4. März 2022

Protokoll Nr.

171/2022

FDP Fraktionsauftrag

betreffend Raumplanung

Antwort der Regierung

Zu Punkt 1 und 2: Die Regierung steht der Evaluation allfälliger noch nicht erkannter Freiräume im Rahmen der Umsetzung der ersten Etappe der Revision des Bundesgesetzes über die Raumplanung (RPG; SR 700), bezeichnet als RPG1, kritisch gegenüber. Grund hierfür ist, dass mit RPG1 die Anforderungen an die Richt- und Nutzungsplanung im Bereich Siedlung deutlich erhöht wurden. Dies hat zu einer erheblichen Schmälerung der kantonalen und kommunalen Handlungsspielräume geführt. War die Raumplanung in Graubünden bisher traditionell von einer hohen Gemeindeautonomie geprägt, hat durch RPG1 eine spürbare Kompetenzverschiebung in Richtung Kanton und Bund stattgefunden. Sowohl der Bedarf an Wohn-, Misch- und Zentrumszonen als auch deren Auslastung sind nach Bundesvorgaben zu ermitteln. Dabei hat sich die Berechnung innerhalb der Spannweite der Bevölkerungsszenarien des Bundesamts für Statistik zu bewegen. Die Möglichkeit zur Auswahl eines Szenarios sowie der Entscheid über die innerkantonale Verteilung der zukünftigen Bevölkerungsentwicklung bilden die wesentlichen verbleibenden Handlungsspielräume der Kantone. Für den Bereich der Mehrwertabgabe wurde der verbleibende Regelungsspielraum in der Botschaft "Teilrevision kantonales Raumplanungsgesetz" (Heft Nr. 5/2018–2019, S. 397) dargelegt. Die Regierung arbeitete darauf hin, diese noch verbliebenen Freiräume sowohl bei der Erarbeitung des Richtplans Siedlung (KRIP-S) als auch bei der Teilrevision des Raumplanungsgesetzes für den Kanton Graubünden (KRG; BR 801.100) weitestmöglich auszuschöpfen. Der markant zunehmenden Bedeutung der Richtpläne wurde zudem dadurch Rechnung getragen, dass dem Grossen Rat seit 2019 die Kompetenz zukommt, die kantonale Raumentwicklungsstrategie (umfasst u.a. Bevölkerungsszenario) festzulegen (Art. 14 Abs. 1^{bis} KRG). Eine Untersuchung wie beantragt wäre im Rahmen eines externen Gutachtens

durchzuführen. Die Gutachterin oder der Gutachter müsste aus Befangenheitsgründen wohl ausserkantonale domiziliert sein. Vor dem Hintergrund der vorbeschriebenen Konsequenzen aus RPG1 gibt die Regierung allerdings zu bedenken, dass dadurch durchaus auch geringere Handlungsspielräume festgestellt werden könnten als bisher angenommen. Solche abnehmenden Freiräume wären dann gutachterlich und öffentlich zugänglich festgehalten. So hat z.B. das Rechtsgutachten "Rückzonungsstrategie des Kantons Luzern" vom 23. August 2020 angesichts der hohen Anforderungen des RPG zur Bauzonendimensionierung und dem klaren Willen des Gesetzgebers zur uneingeschränkten Rückzonung überdimensionierter Bauzonen, die Rückzonungsstrategie des Kantons Luzern keineswegs als "zu streng" (wie von den Kritikern moniert), sondern als "sehr zurückhaltend und pragmatisch" beurteilt (vgl. Gutachten, S. 5; abrufbar unter: <https://baurecht.lu.ch/rueckzonung>). Ferner ist an die bereits vor RPG1 ergangene Rechtsprechung zu erinnern, wonach zu gross bemessene Bauzonen gesetzeswidrig seien und daher reduziert werden müssten (vgl. BGE 140 II 25 E. 6 m.w.H.).

Zu Punkt 3: Punkt 3 spricht mit der Interessenabwägung die wohl wichtigste Methodik in der Raumplanung an. In Art. 3 Abs. 1 der Raumplanungsverordnung (RPV; SR 700.1) werden die hierfür notwendigen Schritte ausdrücklich vorgegeben: die im konkreten Fall ermittelten und beurteilten Interessen sind im jeweiligen raumwirksamen Entscheid möglichst umfassend zu berücksichtigen. Diese Vorgehensweise schliesst eine kategorische Priorisierung von kommunalen Interessen aus. Die Interessenabwägung liegt im Übrigen in der Kompetenz des jeweils zuständigen Planungsträgers. Bei Ortplanungen sind dies die Gemeinden. Für Einzelheiten wird auf den Bericht "raumplanerische Interessenabwägung" der Bau-, Planungs- und Umweltschutzdirektoren-Konferenz verwiesen (abrufbar unter: www.bpuk.ch > Dokumentation). Damit erübrigt sich Punkt 3 des Auftrags.

Aufgrund dieser Ausführungen beantragt die Regierung dem Grossen Rat, den vorliegenden Auftrag in allen drei Punkten abzulehnen.



Namens der Regierung

Der Präsident:

Marcus Caduff

Der Kanzleidirektor:

Daniel Spadin

Fraktionsauftrag FDP betreffend Raumplanung (Erstunterzeichner Jochum)

Während dieser Legislatur hat das Parlament das neue Raumplanungsgesetz verabschiedet. Nun müssen die Gemeinden ihre Raumpläne an die neue Gesetzgebung anpassen oder sogar ganz revidieren.

Die Basis für die Revision der Pläne ist einerseits durch die Gesetzgebung gegeben und andererseits durch die prognostizierte Bevölkerungsentwicklung definiert. Der Boden steht nur beschränkt zur Verfügung und sehr viele Faktoren haben einen Einfluss auf die Nutzbarkeit. Naturschutz, Wald, Agrarland, Fruchtfolgeflächen, Gefahren, Gewässerraum sind nur einige der beeinflussenden Grössen, welche bei der Revision der Raumplanung zu beachten sind.

Leider spielen dabei wirtschaftliche Faktoren kaum mehr eine Rolle.

Gemeinden, die nicht mehr wachsen, müssen auszonen. Gemeinden, die wachsen, dürfen Bauland einzonen. Die Gemeinden erarbeiten ihre Planung mit der prognostizierten Bevölkerungsentwicklung gemäss Gemeindedatenblatt Stand März 2018 (Datenbasis 2016). Wie verschiedentlich bei der Erarbeitung der regionalen Richtpläne Siedlung festgestellt werden kann, wird dafür eine neue Datenbasis mit Stand 2019 verwendet, welche ein noch kleineres Wachstum erlaubt. Diese Basis macht die Situation insbesondere für Gemeinden, die auszonen müssen, noch schwieriger, wenn nicht gar gefährlich. Das Bauland wird knapper und damit teurer.

Wir stellen bereits heute fest, dass in vielen Gemeinden grosse Probleme vorhanden sind, genügend erschwingliche Wohnungen für die eigene Bevölkerung oder genügend Wohnraum für die Saisoniers zu haben. Gemäss dem Bundesamt für Statistik beträgt der Anteil der leerstehenden Wohnungen am Gesamtwohnungsbestand in den Regionen Albula, Prättigau/Davos, Engiadina Bassa und Maloja im Jahr 2021 zwischen 0.41 Prozent und 1.05 Prozent. Bei Leerwohnungsbeständen von weniger als 2 Prozent spricht man von Wohnungsnot. Ohne verfügbare und zahlbare Wohnungen ist ein Bevölkerungswachstum nicht möglich. Auch im Bereich des Fachkräftemangels ist die Wohnungsnot eine weitere Hürde, um neue Arbeitskräfte in die Randregionen zu bekommen.

Unsere Handels- und Gewerbeunternehmungen, fast ausschliesslich KMU's, möchten sich weiterentwickeln, ihre Prozesse verbessern. Vielfach ist dies nur mit einem Neubau oder Ausbau der bestehenden Gebäude möglich. Wenn das Bauland für unsere kleinen Industrie- und Gewerbeunternehmungen zu knapp und teuer wird, wird dies zu einer zusätzlichen Hürde werden.

Die Regierung hat mehrmals bestätigt, dass sie eine Weiterentwicklung der peripheren Gebiete will, dass sie sich für starke, unabhängige Gemeinden einsetzen will.

Gute Voraussetzungen bei der Raumplanung können eine solche Entwicklung stützen; zu restriktive Rahmenbedingungen werden die Entwicklung unserer Randregionen aber stark bremsen. Dadurch werden noch mehr junge Menschen diese Regionen verlassen, diese werden mit der Zeit aussterben, die Vielfalt des Kantons wird abnehmen und die wachsenden Gemeinden werden mit strukturellen Wachstumsproblemen konfrontiert.

Die FDP-Fraktion beauftragt hiermit die Regierung:

1. Die Regierung soll aufzeigen, wo im Rahmen der übergeordneten Gesetzgebung Freiraum im Zusammenhang mit der Raumplanung besteht.
2. Die Regierung soll überprüfen, ob die kantonale Gesetzgebung (inklusive Verordnungen) diesen Spielraum ausnützt und, falls angebracht, Änderungsvorschläge unterbreiten.
3. Die Regierung soll aufzeigen, sofern unterschiedliche Interessen zu wahren sind und Interessenkonflikte bestehen (z. B. Naturschutz, Schutz des Waldes, Gewässerraum, Gefahrenzonen, Heimatschutz, usw.), wie solche Konflikte im Interesse der Gemeinden gelöst werden können beziehungsweise wie sichergestellt werden kann, dass die Interessen der Gemeinden priorisiert werden.

Chur, 8. Dezember 2021

Jochum, Natter, Berweger, Censi, Claus, Engler, Flütsch, Hartmann-Conrad, Hitz-Rusch, Hohl, Holzinger-Loretz, Jenny, Kasper, Kienz, Kunz (Chur), Loi, Marti, Michael (Castasegna), Mittner, Niggli (Samedan), Papa, Pfäffli, Rüegg, Schutz, Stiffler, Thomann-Frank, Thür-Suter, Waidacher, Weidmann, Wieland, Fetz



Sesida dal

1. da mars 2022

Communitgà ils

4 da mars 2022

Protocol nr.

171/2022

Incumbensa da la fracziun da la PLD

concernent la planisaziun dal territori

Resposta da la Regenza

Tar ils puncts 1 e 2: La Regenza è critica envers in'evaluaziun d'eventuals spazis libers che n'èn betg vegnids identifitgads en il rom da la realisaziun da l'emprima etapa da la revisiun da la Lescha federala davart la planisaziun dal territori (LPT; CS 700), designada sco LPT1. Il motiv per quai è quel, che tras la LPT1 è vegnidas augmentadas cleramain las pretensiuns a la planisaziun directiva ed a la planisaziun d'utilisaziun en il sector da l'abitadi. Quai ha chaschunà ina restricziun considerabla da las libertads d'agir chantunalas e communalas. Entant che la planisaziun dal territori en il Grischun era caracterisada fin ussa tradiziunalmain d'ina gronda autonomia communal, ha la LPT1 purtà in spustament considerabel da las cumpetenzas vers il chantun e vers la Confederaziun Tant il basegn da zonas d'abitar, maschadadas e dal center sco er lur utilisaziun ston vegnir eruids tenor las prescripziuns federalas. En quest connex sto la calculaziun dal basegn sa mover entaifer il spectrum dals scenaris demografics da l'Uffizi federal da statistica. La pussaivladad da tscher-ner in da quests scenaris sco er la decisiun davart la repartiziun dal svilup demografic futur entaifer il chantun è las libertads d'agir essenzialas che restan als chantuns. Per il sector da la taxa da plivalur è la libertad da regulaziun restanta vegnida preschentada en la missiva "Revisiun parziala da la Lescha davart la planisaziun dal territori per il chantun Grischun" (carnet nr. 5/2018–2019, p. 397). La Regenza ha vulì exaurir quests spazis libers restants uschè bain sco pussaivel tant cun elavurar il Plan directiv Abitadi (PDChant-A) sco er cun preparar la revisiun parziala da la Lescha davart la planisaziun dal territori per il chantun Grischun (LPTGR; DG 801.100). Da l'impurtanza marcantamain creschenta dals plans directivs ha la Regenza plinav-ant tegnì quint en quel senn, ch'il Cussegl grond ha dapi l'onn 2019 la cumpetenza da fixar la Strategia chantunala da svilup dal territori (che cumpiglia tranter auter il scenari demografic) (art. 14 al. 1^{bis} LPTGR). In'analisa, sco quai ch'ella vegn du-mandada, stuess vegnir fatga en il rom d'ina expertisa externa. Per motivs d'im-

plitgadadad stuess l'experta u l'expert esser domiciliada u domicilià ordaifer il chantun. Sut l'aspect da las consequenzas da la LPT1 descrittas qua survart, exprima la Regenza dentant il dubi, che quellas permettian da constatar senza auter er libertads d'agir pli pitschnas che quellas ch'ins aveva supponì fin ussa. Talas libertads d'agir diminuentas fissan lura constatadas en l'expertisa e fissan acces-siblas publicamain. En vista a las grondas pretensiuns da la LPT per dimensiunar las zonas da construcziun ed en vista a la clera voluntad dal legislatur d'exxonar illimi-tadamain las zonas da construcziun surdimensiunadas, n'è p.ex. l'expertisa giuridica "Strategia da rezonament dal chantun Lucerna" dals 23 d'avust 2020 in summa betg vegnida giuditgada en la pratica vertenta sco "memia severa" (sco admonida dals critichers), mabain sco "fitg precauta e pragmatica" (cf. Expertisa, p. 5; da consultar sut: <https://baurecht.lu.ch/rueckzonung>). Plinavant stoi vegnir fatg endament – sco en la giurisdicziun gia communitgada avant la LPT1 – che zonas da construcziun deter-minadas en ina dimensiun memia gronda sajan illegalas e stoppian pia vegnir re-ducidas (cf. DTF 140 II 25 consideraziun 6 cun ulteriuras infurmaziuns).

Tar il punct 3: Cun la consideraziun dals interess appellescha il punct 3 bain a la me-todica la pli impurtanta en la planisaziun dal territori. En l'art. 3 al. 1 da l'Ordinaziun davart la planisaziun dal territori (OPT; CS 700.1) vegnan prescrits detagliadamain ils pass ch'èn necessaris per quai: ils interess ch'èn vegnids eruids e giuditgads en il cas concret, ston vegnir resguardads il meglier pussaivel en la decisiun respectiva cun effect sin il territori. Questa moda da proceder excluda ina priorisaziun categorica d'interess communal. Per la consideraziun dals interess èn dal rest cumpetents ils purtaders da la planisaziun ch'èn mintgamai responsabels. En cas da planisaziuns localas èn quai las vischnancas. Per detagls vegni renvià al rapport "Consideraziun dals interess da la planisaziun dal territori" da la Conferenza svizra dals directurs da construcziun, da planisaziun e da protecziun da l'ambient (da consultar sut: www.bpuk.ch > Dokumentation). Uschia daventa il punct 3 da l'incumbensa obsolet.

Sa basond sin questas explicaziuns propona la Regenza al Cussegl grond da refusar questa incumbensa en tut ils puncts.



En num da la Regenza

Il president:

Marcus Caduff

Il chancelier:

Daniel Spadin

Incumbensa da la fracziun da la PLD concernent la planisaziun dal territori (emprim sutsegnader Jochum)

Durant questa legislatura ha il parlament deliberà la nova Lescha davart la planisaziun dal territori. Ussa ston las vischnancas adattar lur plans dal territori a la nova legislaziun ubain schizunt als reveder totalmain.

La basa per la revisiun dals plans è per l'ina dada da la legislaziun e per l'otra definida tras il svilup demografic prognostigà. Il terren che stat a disposiziun è limità e fitg blers factors influenzeschan sia utilisabladad. La protecziun da la natira, il gaud, il territori agrar, las surfatschas cun culturas alternantas, ils privels, il spazi d'auas, quai èn mo intgins dals factors d'influenza che ston vegnir resguardads a chaschun da la revisiun da la planisaziun dal territori.

En quest connex na giogan deplorablmain factors economics quasi nagina rolla pli.

Vischnancas che na creschan betg pli, ston dezonar. Vischnancas che creschan, dastgan enzonar terren da construcziun. Las vischnancas elavuran lur planisaziun cun il svilup demografic prognostigà tenor il Fegl cun las datas communalas, stadi dal mars 2018 (basa da datas: 2016). Sco ch'i po vegnir constatà pliras giadas cun elavurar ils plans directivs regiunals Abitadi, vegn duvrada per quest intent ina nova basa da datas, stadi dal 2019, che permetta ina creschientscha anc pli pitschna. Questa basa renda la situaziun anc pli difficila, sche betg schizunt privlusa, particularmain per las vischnancas che ston dezonar. Il terren da construcziun daventa pli stgars ed uschia pli char.

Gia oz constatain nus ch'i dat en bleras vischnancas gronds problems d'avair avunda abitaziuns favuraivlas per l'atgna populaziun u avunda spazi d'abitar per stagiunarias e stagiunaris. Tenor l'Uffizi federal da statistica importava la part da las abitaziuns vidas – en cumparegliaziun cun l'entir dumber d'abitaziuns – en las regiuns Alvra, Partenz/Tavau, Engiadina Bassa e Malögia tranter 0,41 pertschient ed 1,05 pertschient l'onn 2021. En cas da dumber d'abitaziuns vidas da main che 2 pertschient discurren ins da mancanza d'abitaziuns. Senza abitaziuns che stattan a disposiziun e ch'èn pajablas, n'è ina creschientscha da la populaziun betg pussaivla. Er en connex cun la mancanza da persunas spezialisadas è la mancanza d'abitaziuns in ulteriur obstachel per pudair engaschar novas forzas da lavur en las regiuns perifericas.

Nossas interpresas da commerzi e da mastergn, quasi exclusivamain interpresas pitschnas e mesaunas, vulan sa sviluppar vinavant e meglierar lur process. Bleras giadas è quai mo pussaivel cun construir in nov edifizis u cun engrondir edifizis existents. Sch'il terren da construcziun daventa memia stgars e memia char per nossas interpresas pitschnas d'industria e da mastergn, vegn quai a daventar in ulteriur obstachel.

La Regenza ha confermà pliras giadas ch'ella veglia in ulteriur svilup da las regiuns perifericas e ch'ella veglia s'engaschar per vischnancas fermas ed independentas.

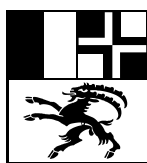
Bunas premissas tar la planisaziun dal territori pon sustegnair in tal svilup; cundiziuns generalas memia restrictivas vegnan però a franar fermamain il svilup da nossas regiuns perifericas. Per consequenza vegn anc dapli glied giuvna a bandunar questas regiuns che vegnan cun il temp a murir ora. La diversidad dal chantun vegn a diminuir e las vischnancas che creschan vegnan ad esser confruntadas cun problems structurals da creschientscha.

Qua tras incumbensescha la fracziun da la PLD la Regenza:

1. La Regenza duai mussar, nua ch'igl existan – en il rom da la legislaziun surordinada – spazis libers en connex cun la planisaziun dal territori.
2. La Regenza duai examinar, sche la legislaziun chantunala (inclusiv las ordinaziuns) resguarda quests spazis libers e, sche inditgà, preschentar propostas per midadas.
3. La Regenza duai mussar, en cas ch'i ston vegnir observads differents interess ed en cas ch'i dat conflicts d'interess (p.ex. protecziun da la natira, protecziun dal gaud, spazi d'auas, zonas da privel, protecziun da la patria e.u.v.), co che tals conflicts pon vegnir schliads en l'interess da la vischnanca respectivamain co ch'i po vegnir garantì ch'ils interess da las vischnancas vegnian priorisads.

Cuira, ils 8 da december 2021

Jochum, Natter, Berweger, Censi, Claus, Engler, Flütsch, Hartmann-Conrad, Hitz-Rusch, Hohl, Holzinger-Loretz, Jenny, Kasper, Kienz, Kunz (Cuira), Loi, Marti, Michael (Castasegna), Mittner, Niggli (Samedan), Papa, Pfäffli, Rüegg, Schutz, Stiffler, Thomann-Frank, Thür-Suter, Waidacher, Weidmann, Wieland, Fetz



Seduta del
1° marzo 2022

Comunicata il
4 marzo 2022

Protocollo n.
171/2022

Incarico di frazione PLD

concernente la pianificazione del territorio

Risposta del Governo

In merito ai punti 1 e 2: il Governo vede con occhio critico la valutazione di eventuali margini di manovra non ancora individuati nel quadro dell'attuazione della prima tappa della revisione della legge federale sulla pianificazione del territorio (LPT; RS 700), denominata LPT1. Il motivo va ricercato nel fatto che con la LPT1 i requisiti posti alla pianificazione direttrice e delle utilizzazioni nel settore insediamento sono stati significativamente inaspriti. Ciò ha comportato un notevole ridimensionamento dei margini di manovra esistenti per il Cantone e i comuni. Se finora la pianificazione del territorio nei Grigioni è stata caratterizzata da un elevato grado di autonomia dei comuni, la LPT1 ha comportato un sensibile spostamento delle competenze verso il Cantone e la Confederazione. Sia il fabbisogno di zone residenziali, miste e centrali sia la loro occupazione devono essere determinati secondo le direttive federali. A tale proposito per il calcolo occorre prendere a riferimento l'intervallo che comprende gli scenari sull'evoluzione demografica elaborati dall'Ufficio federale di statistica. La possibilità di scegliere uno di questi scenari nonché la decisione riguardo alla distribuzione della futura evoluzione della popolazione all'interno del Cantone costituiscono i margini di manovra che sostanzialmente rimangono in capo ai Cantoni. Per il settore della tassa sul plusvalore, il margine normativo rimanente è stato spiegato nel messaggio "Revisione parziale della legge cantonale sulla pianificazione territoriale" (quaderno n. 5/2018–2019, p. 397). Il Governo si era adoperato affinché questi margini di manovra rimanenti venissero sfruttati quanto più possibile sia in relazione all'elaborazione del Piano direttore cantonale insediamento (PDC-I) sia in relazione alla revisione parziale della legge sulla pianificazione territoriale del Cantone dei Grigioni (LPTC; CSC 801.100). È stato inoltre tenuto conto della notevole crescente importanza dei piani direttori affidando dal 2019 al Gran Consiglio la competenza di stabilire (art. 14 cpv. 1^{bis}) la strategia cantonale per lo sviluppo del territorio (comprende tra l'altro lo scenario dell'evoluzione demografica). Un'analisi come richiesta dall'inca-

rico dovrebbe venire eseguita nel quadro di una perizia esterna. Per ragioni di parzialità, il perito dovrebbe essere domiciliato al di fuori del Cantone. Sullo sfondo delle conseguenze della LPT1 precedentemente descritte, il Governo fa tuttavia osservare che ciò potrebbe tra l'altro comportare un margine di manovra inferiore rispetto a quanto ipotizzato finora. Una tale diminuzione dei margini di manovra sarebbe quindi stabilita da una perizia e in modo accessibile al pubblico. Ad esempio, la perizia giuridica "Rückzonungsstrategie des Kantons Luzern" del 23 agosto 2020 giunge alla conclusione che, in considerazione degli elevati requisiti della LPT riguardo al dimensionamento delle zone edificabili e della chiara volontà del legislatore riguardo al dezonamento senza eccezioni di zone edificabili sovradimensionate, la strategia di dezonamento del Cantone di Lucerna non sia assolutamente "troppo severa" (come criticato dai detrattori), bensì "molto moderata e pragmatica" (cfr. perizia, p. 5; disponibile all'indirizzo: <https://baurecht.lu.ch/rueckzonung>). Inoltre si deve ricordare la giurisprudenza già pronunciata prima della LPT1, secondo la quale le zone edificabili troppo grandi sarebbero contrarie alla legge e di conseguenza dovrebbero essere ridimensionate (cfr. DTF 140 II 25 consid. 6 con ulteriori rimandi).

In merito al punto 3: con la ponderazione degli interessi, il punto 3 affronta la metodica probabilmente più importante nella pianificazione del territorio. Nell'art. 3 cpv. 1 dell'ordinanza sulla pianificazione del territorio (OPT; RS 700.1) vengono espressamente definiti i passaggi necessari a questo scopo: gli interessi rilevati e valutati nel caso concreto devono essere presi in considerazione nel modo più completo possibile nella rispettiva decisione con incidenza territoriale. Questo modo di procedere esclude una attribuzione di priorità categorica agli interessi comunali. Inoltre, la ponderazione degli interessi si colloca nella competenza dell'istanza pianificatoria competente nel caso in questione. Nel caso delle pianificazioni locali si tratta dei comuni. Per i dettagli si rimanda al rapporto "raumplanerische Interessenabwägung" della Conferenza svizzera dei direttori delle pubbliche costruzioni, della pianificazione del territorio e dell'ambiente (disponibile su www.bpuk.ch > Dokumentation). Di conseguenza, il punto 3 dell'incarico risulta superfluo.

A seguito di quanto esposto, il Governo chiede al Gran Consiglio di respingere tutti e tre i punti dell'incarico in oggetto.



In nome del Governo

Il Presidente:

Marcus Caduff

Il Cancelliere:

Daniel Spadin

Incarico di frazione PLD concernente la pianificazione del territorio (primo firmatario Jochum)

Durante la legislatura in corso, il Parlamento ha approvato la nuova legge sulla pianificazione del territorio. Ora, i comuni devono adeguare le proprie pianificazioni del territorio alla nuova legislazione o addirittura procedere a una revisione totale.

La base per la revisione delle pianificazioni è da un lato data dalla legislazione, dall'altro è definita dalle previsioni relative all'evoluzione demografica. Il terreno è ormai a disposizione solo in misura limitata e numerosi fattori hanno un influsso sulla sua utilizzabilità. Protezione della natura, bosco, terreno agricolo, superfici per l'avvicendamento delle colture, pericoli, spazio riservato alle acque sono solo alcuni dei fattori d'influenza che devono essere tenuti in considerazione quando si procede alla revisione della pianificazione del territorio.

Purtroppo, i fattori economici non hanno quasi più alcuna rilevanza.

I comuni che non crescono più devono effettuare dei dezonamenti. I comuni che crescono possono procedere all'azzoneamento di terreno edificabile. I comuni elaborano la loro pianificazione per mezzo delle previsioni relative all'evoluzione demografica in base alla scheda dei dati comunali, stato marzo 2018 (base di dati 2016). In sede di elaborazione dei piani direttori regionali insediamento, a volte si constata che a tale scopo viene utilizzata una nuova base di dati con stato al 2019 che consente ancora una crescita più piccola. Questa base rende la situazione ancora più complicata, se non addirittura pericolosa, soprattutto per i comuni che devono effettuare dei dezonamenti. Il terreno edificabile diventa più scarso e quindi più costoso.

Già oggi constatiamo che in molti comuni è un grande problema avere un numero sufficiente di abitazioni finanziariamente a prezzi accessibili per la popolazione locale o sufficienti spazi abitativi per gli stagionali. Secondo l'Ufficio federale di statistica, nel 2021 nelle regioni Albula, Prättigau/Davos, Engiadina Bassa e Maloja la quota di appartamenti vuoti rispetto al totale di abitazioni si attestava tra lo 0,41 e l'1,05 per cento. In presenza di un numero di abitazioni non occupate inferiore al 2 per cento si parla di penuria di alloggi. Senza appartamenti disponibili e a prezzi accessibili, una crescita della popolazione non è possibile. Anche per quanto riguarda la carenza di personale qualificato, la penuria di alloggi costituisce un ulteriore ostacolo per attirare nuovi lavoratori nelle regioni periferiche.

Le nostre imprese commerciali e artigianali, quasi esclusivamente PMI, desiderano svilupparsi e migliorare i loro processi. Spesso ciò è possibile solo costruendo un nuovo edificio oppure ampliando gli edifici esistenti. Se il terreno edificabile per le nostre piccole imprese industriali e artigianali diventa troppo scarso e costoso, ciò diventa un ulteriore ostacolo.

Il Governo ha confermato più volte che auspica un ulteriore sviluppo delle aree periferiche e che desidera impegnarsi a favore di comuni forti e indipendenti.

Buone premesse in materia di pianificazione del territorio possono sostenere un tale sviluppo, mentre condizioni quadro troppo restrittive rallenteranno fortemente lo sviluppo delle nostre regioni periferiche. In tal caso, ancora più giovani lasceranno queste regioni, che con il passare del tempo spariranno, la varietà del Cantone diminuirà e i comuni in crescita si vedranno confrontati con problemi di crescita strutturali.

La frazione PLD incarica il Governo:

1. Di mostrare dove, nel quadro della legislazione di rango superiore, esiste margine di manovra in relazione alla pianificazione del territorio.
2. Di verificare se la legislazione cantonale (ordinanze incluse) sfrutta questo margine di manovra e, qualora opportuno, sottoporre proposte di modifica.
3. Di mostrare, nella misura in cui devono essere salvaguardati interessi e sussistono conflitti d'interesse (ad es. protezione della natura, protezione del bosco, spazio riservato alle acque, zone di pericolo, protezione del paesaggio, ecc.), come tali conflitti tra gli interessi dei comuni possono essere risolti e come si può garantire la priorità agli interessi dei comuni.

Coira, 8 dicembre 2021

Jochum, Natter, Berweger, Censi, Claus, Engler, Flütsch, Hartmann-Conrad, Hitz-Rusch, Hohl, Holzinger-Loretz, Jenny, Kasper, Kienz, Kunz (Coira), Loi, Marti, Michael (Castasegna), Mittner, Niggli (Samedan), Papa, Pfäffli, Rüegg, Schutz, Stiffler, Thomann-Frank, Thür-Suter, Waidacher, Weidmann, Wieland, Fetz